



## Öffentlichen Verkehr verbessern, Wasser als Verkehrsträger nutzen Fährverbindungen auf dem Bodensee in ÖPNV-System integrieren

---

Antragsteller: SPD Kreisverband Bodenseekreis, SPD Kreisverband Konstanz

Der Bodenseeraum ist eine der stärksten Wirtschaftsregionen Baden-Württembergs. Die nicht ausreichend leistungsfähige Infrastruktur auf Straße, Schiene und dem Bodensee selbst hemmt die Region dabei, ihr volles Potenzial zu entfalten. Die Bürgerinnen und Bürger der Bodenseeregion warten genauso wie unsere starken Unternehmen und „hidden Champions“ seit Jahrzehnten auf Entlastung von der Politik. Doch während die Bundespolitik beispielsweise mit der Erhöhung der Regionalisierungsmittel und dem Deutschland-Ticket zuletzt deutlich mehr Anstrengungen zur Stärkung des ÖPNV und der Verkehrsinfrastruktur unternommen hat, hält die Landesregierung die Bodenseeregion mit leeren Worten hin. Dies gilt für die Bodenseegürtelbahn und für den Anschluss der Region so wichtige Gäubahn genauso wie für den Ausbau der Bundesstraßeninfrastruktur, bei der die Landesregierung wenig Bemühungen zeigt, Verfahren zu beschleunigen. Dies ist besonders bezeichnend, da es ausgerechnet die Grünen in der Landesregierung sind, welche eine Stärkung des ÖPNV stets als Ziel ausgeben, den Worten aber dann keine Taten folgen lassen haben. Dies wollen und können wir nicht länger hinnehmen.

So bleibt auch das Potenzial des Bodenseeschiffahrt-Verkehrs bislang wenig genutzt. Obwohl etwa mit den Bodenseeschiffahrt-Betrieben (BSB) die erste Binnenschiffahrt-Reederei Deutschlands, die auf komplett emissionsfreie Schifffahrt umstellen will, aus Baden-Württemberg kommt, ist die Landesregierung auch an dieser Stelle bislang nicht bereit, die nötige Unterstützung zukommen zu lassen und den Schiffsverkehr in den ÖPNV zu integrieren. Statt breit zu unterstützen, wie es andere Bundesländer in diesem Bereich längst tun, wird auf die Landkreise verwiesen. Diese Verweigerungshaltung muss enden.

Wir als SPD Baden-Württemberg wissen um die teils prekäre Lage am See und verstehen, dass die Bürgerinnen und Bürger, die Kommunen sowie die Wirtschaft nicht länger alleine gelassen werden dürfen. Für uns ist klar: Die Innovationskraft und das große wirtschaftliche und touristische Potential können sich aber nur dann entfalten, wenn durch die Landesregierung die nötigen Voraussetzungen geschaffen werden. Deshalb fordern wir:

- Regelmäßig verkehrende, getaktete, ganzjährige Schiffsverkehre wie die Fähr- und Katamaran-Verbindungen auf dem Bodensee müssen in das System des ÖPNV integriert werden. Wir fordern daher vom Landtag, das ÖPNV-Gesetz des Landes zu präzisieren.
- Ticket-Angebote wie das JugendticketBW oder das 49-Euro-Ticket müssen auf den Fährverbindungen anerkannt werden. Wir fordern die Landesregierung auf, mit den Anbietern entsprechende Verhandlungen zu führen und diese zügig abzuschließen.
- Fährverbindungen müssen in die Informationsportale des öffentlichen Verkehrs so integriert werden, dass sie von den Fahrgästen bei ihrer Reiseplanung berücksichtigt werden können.
- Die SPD Baden-Württemberg unterstützt die Kampagne see-ticket.de der Kreisverbände Konstanz und Bodenseekreis.

**Begründung:**



Die Fährverbindungen über den Bodensee, insbesondere die Autofähre Konstanz- Meersburg, der Katamaran Konstanz-Friedrichshafen sowie die Fähre Friedrichshafen – Romanshorn transportieren jährlich über 500.000 Fußgänger und zahlreiche Fahrradfahrer. Sie profitieren von schnellen und attraktiven Verbindungen auf dem Wasser.

Sämtliche Fährverbindungen sind eigenwirtschaftlich organisiert und müssen sich daher für die Betreiber wirtschaftlich selbst tragen. Sie gelten daher im rechtlichen Sinne nicht als öffentlicher Verkehr und erscheinen in den Portalen des öffentlichen Verkehrs lediglich als kostenpflichtige Zusatzangebote. So werden Verbindungen mit dem Katamaran oder der Autofähre Konstanz – Meersburg nur ansatzweise über bahn.de oder andere Auskunftssysteme angezeigt, eine einheitliche Ticketbuchung ist nicht möglich.

Angebote wie das JugendticketBW oder das Deutschland-Ticket gelten auf diesen Fährverbindungen nicht. Dies führt zur widersprüchlichen Situation, dass Nutzer der Städteschnellbus-Linie Ravensburg – Konstanz mit dem 49-Euro-Ticket die Autofähre ohne Zusatzticket nutzen können, übrige Passagiere dagegen nicht. Den Betreibern entstehen durch solche „Schleichwege“ mittlerweile spürbare Verluste, wenn sich Passagiere nur für den Zweck der Überfahrt im Bus drängen.

Eine Integration der Fährverbindungen in den ÖPNV hätte den Vorteil, dass die Verbindungen mit einem einheitlichen Ticket genutzt werden könnten. Durch die nahtlose Integration würde die Attraktivität des gesamten Nahverkehrssystems gesteigert werden. Ein weiterer positiver Effekt wäre das damit verbundene Signal an die Bürgerinnen und Bürger, dass Bürokratieabbau und Prozessoptimierung keine leeren politischen Versprechungen sind, sondern von den zuständigen Akteuren als Ziele ernstgenommen werden.

Die Landesregierung verweist darauf, dass Fährverbindungen in den ÖPNV integriert werden können, wenn die Landkreise die Verbindungen in die Nahverkehrspläne integrieren und die Verkehrsverbünde entsprechende Verbund-Tickets anbieten. Sie schiebt damit das wirtschaftliche Risiko den Kreisen und Verkehrsverbänden zu und wartet deren Initiativen ab. Auch hier zeigt sich, dass die Verkehrspolitik der Landesregierung sich darauf beschränkt, Forderungen zu erheben und andere politische Ebenen, vor allem die Kommunen, dafür zur Kasse bitten will.

Verhandlungsprozesse zwischen mehreren Landkreisen, die unterschiedlich strukturierten Verkehrsverbänden angehören, sind langwierig und komplex. Eine Landesregierung, die die Zahl der Fahrgäste im öffentlichen Verkehr verdoppelt will, muss dazu selbst aktiv werden und alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente nutzen, indem sie attraktive Finanzierungsbedingungen schafft, Regulierungen entsprechend den Anforderungen der Praxis anpasst und überörtliche Reformprozesse moderiert.



## Öffentlichen Verkehr verbessern, Wasser als Verkehrsträger nutzen Fährverbindungen auf dem Bodensee in ÖPNV-System integrieren

---

Antragsteller: SPD Kreisverband Bodenseekreis, SPD Kreisverband Konstanz

Der Bodenseeraum ist eine der stärksten Wirtschaftsregionen Baden-Württembergs. Die nicht ausreichend leistungsfähige Infrastruktur auf Straße, Schiene und dem Bodensee selbst hemmt die Region dabei, ihr volles Potenzial zu entfalten. Die Bürgerinnen und Bürger der Bodenseeregion warten genauso wie unsere starken Unternehmen und „hidden Champions“ seit Jahrzehnten auf Entlastung von der Politik. Doch während die Bundespolitik beispielsweise mit der Erhöhung der Regionalisierungsmittel und dem Deutschland-Ticket zuletzt deutlich mehr Anstrengungen zur Stärkung des ÖPNV und der Verkehrsinfrastruktur unternommen hat, hält die Landesregierung die Bodenseeregion mit leeren Worten hin. Dies gilt für die Bodenseegürtelbahn und für den Anschluss der Region so wichtige Gäubahn genauso wie für den Ausbau der Bundesstraßeninfrastruktur, bei der die Landesregierung wenig Bemühungen zeigt, Verfahren zu beschleunigen. Dies ist besonders bezeichnend, da es ausgerechnet die Grünen in der Landesregierung sind, welche eine Stärkung des ÖPNV stets als Ziel ausgeben, den Worten aber dann keine Taten folgen lassen haben. Dies wollen und können wir nicht länger hinnehmen.

So bleibt auch das Potenzial des Bodenseeschiffahrt-Verkehrs bislang wenig genutzt. Obwohl etwa mit den Bodenseeschiffahrt-Betrieben (BSB) die erste Binnenschiffahrt-Reederei Deutschlands, die auf komplett emissionsfreie Schifffahrt umstellen will, aus Baden-Württemberg kommt, ist die Landesregierung auch an dieser Stelle bislang nicht bereit, die nötige Unterstützung zukommen zu lassen und den Schiffsverkehr in den ÖPNV zu integrieren. Statt breit zu unterstützen, wie es andere Bundesländer in diesem Bereich längst tun, wird auf die Landkreise verwiesen. Diese Verweigerungshaltung muss enden.

Wir als SPD Baden-Württemberg wissen um die teils prekäre Lage am See und verstehen, dass die Bürgerinnen und Bürger, die Kommunen sowie die Wirtschaft nicht länger alleine gelassen werden dürfen. Für uns ist klar: Die Innovationskraft und das große wirtschaftliche und touristische Potential können sich aber nur dann entfalten, wenn durch die Landesregierung die nötigen Voraussetzungen geschaffen werden. Deshalb fordern wir:

- Regelmäßig verkehrende, getaktete, ganzjährige Schiffsverkehre wie die Fähr- und Katamaran-Verbindungen auf dem Bodensee müssen in das System des ÖPNV integriert werden. Wir fordern daher vom Landtag, das ÖPNV-Gesetz des Landes zu präzisieren.
- Ticket-Angebote wie das JugendticketBW oder das 49-Euro-Ticket müssen auf den Fährverbindungen anerkannt werden. Wir fordern die Landesregierung auf, mit den Anbietern entsprechende Verhandlungen zu führen und diese zügig abzuschließen.
- Fährverbindungen müssen in die Informationsportale des öffentlichen Verkehrs so integriert werden, dass sie von den Fahrgästen bei ihrer Reiseplanung berücksichtigt werden können.
- Die SPD Baden-Württemberg unterstützt die Kampagne see-ticket.de der Kreisverbände Konstanz und Bodenseekreis.

**Begründung:**



Die Fährverbindungen über den Bodensee, insbesondere die Autofähre Konstanz- Meersburg, der Katamaran Konstanz-Friedrichshafen sowie die Fähre Friedrichshafen – Romanshorn transportieren jährlich über 500.000 Fußgänger und zahlreiche Fahrradfahrer. Sie profitieren von schnellen und attraktiven Verbindungen auf dem Wasser.

Sämtliche Fährverbindungen sind eigenwirtschaftlich organisiert und müssen sich daher für die Betreiber wirtschaftlich selbst tragen. Sie gelten daher im rechtlichen Sinne nicht als öffentlicher Verkehr und erscheinen in den Portalen des öffentlichen Verkehrs lediglich als kostenpflichtige Zusatzangebote. So werden Verbindungen mit dem Katamaran oder der Autofähre Konstanz – Meersburg nur ansatzweise über bahn.de oder andere Auskunftssysteme angezeigt, eine einheitliche Ticketbuchung ist nicht möglich.

Angebote wie das JugendticketBW oder das Deutschland-Ticket gelten auf diesen Fährverbindungen nicht. Dies führt zur widersprüchlichen Situation, dass Nutzer der Städteschnellbus-Linie Ravensburg – Konstanz mit dem 49-Euro-Ticket die Autofähre ohne Zusatzticket nutzen können, übrige Passagiere dagegen nicht. Den Betreibern entstehen durch solche „Schleichwege“ mittlerweile spürbare Verluste, wenn sich Passagiere nur für den Zweck der Überfahrt im Bus drängen.

Eine Integration der Fährverbindungen in den ÖPNV hätte den Vorteil, dass die Verbindungen mit einem einheitlichen Ticket genutzt werden könnten. Durch die nahtlose Integration würde die Attraktivität des gesamten Nahverkehrssystems gesteigert werden. Ein weiterer positiver Effekt wäre das damit verbundene Signal an die Bürgerinnen und Bürger, dass Bürokratieabbau und Prozessoptimierung keine leeren politischen Versprechungen sind, sondern von den zuständigen Akteuren als Ziele ernstgenommen werden.

Die Landesregierung verweist darauf, dass Fährverbindungen in den ÖPNV integriert werden können, wenn die Landkreise die Verbindungen in die Nahverkehrspläne integrieren und die Verkehrsverbünde entsprechende Verbund-Tickets anbieten. Sie schiebt damit das wirtschaftliche Risiko den Kreisen und Verkehrsverbänden zu und wartet deren Initiativen ab. Auch hier zeigt sich, dass die Verkehrspolitik der Landesregierung sich darauf beschränkt, Forderungen zu erheben und andere politische Ebenen, vor allem die Kommunen, dafür zur Kasse bitten will.

Verhandlungsprozesse zwischen mehreren Landkreisen, die unterschiedlich strukturierten Verkehrsverbänden angehören, sind langwierig und komplex. Eine Landesregierung, die die Zahl der Fahrgäste im öffentlichen Verkehr verdoppelt will, muss dazu selbst aktiv werden und alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente nutzen, indem sie attraktive Finanzierungsbedingungen schafft, Regulierungen entsprechend den Anforderungen der Praxis anpasst und überörtliche Reformprozesse moderiert.



## Öffentlichen Verkehr verbessern, Wasser als Verkehrsträger nutzen Fährverbindungen auf dem Bodensee in ÖPNV-System integrieren

---

Antragsteller: SPD Kreisverband Bodenseekreis, SPD Kreisverband Konstanz

Der Bodenseeraum ist eine der stärksten Wirtschaftsregionen Baden-Württembergs. Die nicht ausreichend leistungsfähige Infrastruktur auf Straße, Schiene und dem Bodensee selbst hemmt die Region dabei, ihr volles Potenzial zu entfalten. Die Bürgerinnen und Bürger der Bodenseeregion warten genauso wie unsere starken Unternehmen und „hidden Champions“ seit Jahrzehnten auf Entlastung von der Politik. Doch während die Bundespolitik beispielsweise mit der Erhöhung der Regionalisierungsmittel und dem Deutschland-Ticket zuletzt deutlich mehr Anstrengungen zur Stärkung des ÖPNV und der Verkehrsinfrastruktur unternommen hat, hält die Landesregierung die Bodenseeregion mit leeren Worten hin. Dies gilt für die Bodenseegürtelbahn und für den Anschluss der Region so wichtige Gäubahn genauso wie für den Ausbau der Bundesstraßeninfrastruktur, bei der die Landesregierung wenig Bemühungen zeigt, Verfahren zu beschleunigen. Dies ist besonders bezeichnend, da es ausgerechnet die Grünen in der Landesregierung sind, welche eine Stärkung des ÖPNV stets als Ziel ausgeben, den Worten aber dann keine Taten folgen lassen haben. Dies wollen und können wir nicht länger hinnehmen.

So bleibt auch das Potenzial des Bodenseeschiffahrt-Verkehrs bislang wenig genutzt. Obwohl etwa mit den Bodenseeschiffahrt-Betrieben (BSB) die erste Binnenschiffahrt-Reederei Deutschlands, die auf komplett emissionsfreie Schifffahrt umstellen will, aus Baden-Württemberg kommt, ist die Landesregierung auch an dieser Stelle bislang nicht bereit, die nötige Unterstützung zukommen zu lassen und den Schiffsverkehr in den ÖPNV zu integrieren. Statt breit zu unterstützen, wie es andere Bundesländer in diesem Bereich längst tun, wird auf die Landkreise verwiesen. Diese Verweigerungshaltung muss enden.

Wir als SPD Baden-Württemberg wissen um die teils prekäre Lage am See und verstehen, dass die Bürgerinnen und Bürger, die Kommunen sowie die Wirtschaft nicht länger alleine gelassen werden dürfen. Für uns ist klar: Die Innovationskraft und das große wirtschaftliche und touristische Potential können sich aber nur dann entfalten, wenn durch die Landesregierung die nötigen Voraussetzungen geschaffen werden. Deshalb fordern wir:

- Regelmäßig verkehrende, getaktete, ganzjährige Schiffsverkehre wie die Fähr- und Katamaran-Verbindungen auf dem Bodensee müssen in das System des ÖPNV integriert werden. Wir fordern daher vom Landtag, das ÖPNV-Gesetz des Landes zu präzisieren.
- Ticket-Angebote wie das JugendticketBW oder das 49-Euro-Ticket müssen auf den Fährverbindungen anerkannt werden. Wir fordern die Landesregierung auf, mit den Anbietern entsprechende Verhandlungen zu führen und diese zügig abzuschließen.
- Fährverbindungen müssen in die Informationsportale des öffentlichen Verkehrs so integriert werden, dass sie von den Fahrgästen bei ihrer Reiseplanung berücksichtigt werden können.
- Die SPD Baden-Württemberg unterstützt die Kampagne see-ticket.de der Kreisverbände Konstanz und Bodenseekreis.

**Begründung:**



Die Fährverbindungen über den Bodensee, insbesondere die Autofähre Konstanz- Meersburg, der Katamaran Konstanz-Friedrichshafen sowie die Fähre Friedrichshafen – Romanshorn transportieren jährlich über 500.000 Fußgänger und zahlreiche Fahrradfahrer. Sie profitieren von schnellen und attraktiven Verbindungen auf dem Wasser.

Sämtliche Fährverbindungen sind eigenwirtschaftlich organisiert und müssen sich daher für die Betreiber wirtschaftlich selbst tragen. Sie gelten daher im rechtlichen Sinne nicht als öffentlicher Verkehr und erscheinen in den Portalen des öffentlichen Verkehrs lediglich als kostenpflichtige Zusatzangebote. So werden Verbindungen mit dem Katamaran oder der Autofähre Konstanz – Meersburg nur ansatzweise über bahn.de oder andere Auskunftssysteme angezeigt, eine einheitliche Ticketbuchung ist nicht möglich.

Angebote wie das JugendticketBW oder das Deutschland-Ticket gelten auf diesen Fährverbindungen nicht. Dies führt zur widersprüchlichen Situation, dass Nutzer der Städteschnellbus-Linie Ravensburg – Konstanz mit dem 49-Euro-Ticket die Autofähre ohne Zusatzticket nutzen können, übrige Passagiere dagegen nicht. Den Betreibern entstehen durch solche „Schleichwege“ mittlerweile spürbare Verluste, wenn sich Passagiere nur für den Zweck der Überfahrt im Bus drängen.

Eine Integration der Fährverbindungen in den ÖPNV hätte den Vorteil, dass die Verbindungen mit einem einheitlichen Ticket genutzt werden könnten. Durch die nahtlose Integration würde die Attraktivität des gesamten Nahverkehrssystems gesteigert werden. Ein weiterer positiver Effekt wäre das damit verbundene Signal an die Bürgerinnen und Bürger, dass Bürokratieabbau und Prozessoptimierung keine leeren politischen Versprechungen sind, sondern von den zuständigen Akteuren als Ziele ernstgenommen werden.

Die Landesregierung verweist darauf, dass Fährverbindungen in den ÖPNV integriert werden können, wenn die Landkreise die Verbindungen in die Nahverkehrspläne integrieren und die Verkehrsverbünde entsprechende Verbund-Tickets anbieten. Sie schiebt damit das wirtschaftliche Risiko den Kreisen und Verkehrsverbänden zu und wartet deren Initiativen ab. Auch hier zeigt sich, dass die Verkehrspolitik der Landesregierung sich darauf beschränkt, Forderungen zu erheben und andere politische Ebenen, vor allem die Kommunen, dafür zur Kasse bitten will.

Verhandlungsprozesse zwischen mehreren Landkreisen, die unterschiedlich strukturierten Verkehrsverbänden angehören, sind langwierig und komplex. Eine Landesregierung, die die Zahl der Fahrgäste im öffentlichen Verkehr verdoppelt will, muss dazu selbst aktiv werden und alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente nutzen, indem sie attraktive Finanzierungsbedingungen schafft, Regulierungen entsprechend den Anforderungen der Praxis anpasst und überörtliche Reformprozesse moderiert.



## Öffentlichen Verkehr verbessern, Wasser als Verkehrsträger nutzen Fährverbindungen auf dem Bodensee in ÖPNV-System integrieren

---

Antragsteller: SPD Kreisverband Bodenseekreis, SPD Kreisverband Konstanz

Der Bodenseeraum ist eine der stärksten Wirtschaftsregionen Baden-Württembergs. Die nicht ausreichend leistungsfähige Infrastruktur auf Straße, Schiene und dem Bodensee selbst hemmt die Region dabei, ihr volles Potenzial zu entfalten. Die Bürgerinnen und Bürger der Bodenseeregion warten genauso wie unsere starken Unternehmen und „hidden Champions“ seit Jahrzehnten auf Entlastung von der Politik. Doch während die Bundespolitik beispielsweise mit der Erhöhung der Regionalisierungsmittel und dem Deutschland-Ticket zuletzt deutlich mehr Anstrengungen zur Stärkung des ÖPNV und der Verkehrsinfrastruktur unternommen hat, hält die Landesregierung die Bodenseeregion mit leeren Worten hin. Dies gilt für die Bodenseegürtelbahn und für den Anschluss der Region so wichtige Gäubahn genauso wie für den Ausbau der Bundesstraßeninfrastruktur, bei der die Landesregierung wenig Bemühungen zeigt, Verfahren zu beschleunigen. Dies ist besonders bezeichnend, da es ausgerechnet die Grünen in der Landesregierung sind, welche eine Stärkung des ÖPNV stets als Ziel ausgeben, den Worten aber dann keine Taten folgen lassen haben. Dies wollen und können wir nicht länger hinnehmen.

So bleibt auch das Potenzial des Bodenseeschiffahrt-Verkehrs bislang wenig genutzt. Obwohl etwa mit den Bodenseeschiffahrt-Betrieben (BSB) die erste Binnenschiffahrt-Reederei Deutschlands, die auf komplett emissionsfreie Schifffahrt umstellen will, aus Baden-Württemberg kommt, ist die Landesregierung auch an dieser Stelle bislang nicht bereit, die nötige Unterstützung zukommen zu lassen und den Schiffsverkehr in den ÖPNV zu integrieren. Statt breit zu unterstützen, wie es andere Bundesländer in diesem Bereich längst tun, wird auf die Landkreise verwiesen. Diese Verweigerungshaltung muss enden.

Wir als SPD Baden-Württemberg wissen um die teils prekäre Lage am See und verstehen, dass die Bürgerinnen und Bürger, die Kommunen sowie die Wirtschaft nicht länger alleine gelassen werden dürfen. Für uns ist klar: Die Innovationskraft und das große wirtschaftliche und touristische Potential können sich aber nur dann entfalten, wenn durch die Landesregierung die nötigen Voraussetzungen geschaffen werden. Deshalb fordern wir:

- Regelmäßig verkehrende, getaktete, ganzjährige Schiffsverkehre wie die Fähr- und Katamaran-Verbindungen auf dem Bodensee müssen in das System des ÖPNV integriert werden. Wir fordern daher vom Landtag, das ÖPNV-Gesetz des Landes zu präzisieren.
- Ticket-Angebote wie das JugendticketBW oder das 49-Euro-Ticket müssen auf den Fährverbindungen anerkannt werden. Wir fordern die Landesregierung auf, mit den Anbietern entsprechende Verhandlungen zu führen und diese zügig abzuschließen.
- Fährverbindungen müssen in die Informationsportale des öffentlichen Verkehrs so integriert werden, dass sie von den Fahrgästen bei ihrer Reiseplanung berücksichtigt werden können.
- Die SPD Baden-Württemberg unterstützt die Kampagne see-ticket.de der Kreisverbände Konstanz und Bodenseekreis.

**Begründung:**



Die Fährverbindungen über den Bodensee, insbesondere die Autofähre Konstanz- Meersburg, der Katamaran Konstanz-Friedrichshafen sowie die Fähre Friedrichshafen – Romanshorn transportieren jährlich über 500.000 Fußgänger und zahlreiche Fahrradfahrer. Sie profitieren von schnellen und attraktiven Verbindungen auf dem Wasser.

Sämtliche Fährverbindungen sind eigenwirtschaftlich organisiert und müssen sich daher für die Betreiber wirtschaftlich selbst tragen. Sie gelten daher im rechtlichen Sinne nicht als öffentlicher Verkehr und erscheinen in den Portalen des öffentlichen Verkehrs lediglich als kostenpflichtige Zusatzangebote. So werden Verbindungen mit dem Katamaran oder der Autofähre Konstanz – Meersburg nur ansatzweise über bahn.de oder andere Auskunftssysteme angezeigt, eine einheitliche Ticketbuchung ist nicht möglich.

Angebote wie das JugendticketBW oder das Deutschland-Ticket gelten auf diesen Fährverbindungen nicht. Dies führt zur widersprüchlichen Situation, dass Nutzer der Städteschnellbus-Linie Ravensburg – Konstanz mit dem 49-Euro-Ticket die Autofähre ohne Zusatzticket nutzen können, übrige Passagiere dagegen nicht. Den Betreibern entstehen durch solche „Schleichwege“ mittlerweile spürbare Verluste, wenn sich Passagiere nur für den Zweck der Überfahrt im Bus drängen.

Eine Integration der Fährverbindungen in den ÖPNV hätte den Vorteil, dass die Verbindungen mit einem einheitlichen Ticket genutzt werden könnten. Durch die nahtlose Integration würde die Attraktivität des gesamten Nahverkehrssystems gesteigert werden. Ein weiterer positiver Effekt wäre das damit verbundene Signal an die Bürgerinnen und Bürger, dass Bürokratieabbau und Prozessoptimierung keine leeren politischen Versprechungen sind, sondern von den zuständigen Akteuren als Ziele ernstgenommen werden.

Die Landesregierung verweist darauf, dass Fährverbindungen in den ÖPNV integriert werden können, wenn die Landkreise die Verbindungen in die Nahverkehrspläne integrieren und die Verkehrsverbünde entsprechende Verbund-Tickets anbieten. Sie schiebt damit das wirtschaftliche Risiko den Kreisen und Verkehrsverbänden zu und wartet deren Initiativen ab. Auch hier zeigt sich, dass die Verkehrspolitik der Landesregierung sich darauf beschränkt, Forderungen zu erheben und andere politische Ebenen, vor allem die Kommunen, dafür zur Kasse bitten will.

Verhandlungsprozesse zwischen mehreren Landkreisen, die unterschiedlich strukturierten Verkehrsverbänden angehören, sind langwierig und komplex. Eine Landesregierung, die die Zahl der Fahrgäste im öffentlichen Verkehr verdoppelt will, muss dazu selbst aktiv werden und alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente nutzen, indem sie attraktive Finanzierungsbedingungen schafft, Regulierungen entsprechend den Anforderungen der Praxis anpasst und überörtliche Reformprozesse moderiert.



## Öffentlichen Verkehr verbessern, Wasser als Verkehrsträger nutzen Fährverbindungen auf dem Bodensee in ÖPNV-System integrieren

---

Antragsteller: SPD Kreisverband Bodenseekreis, SPD Kreisverband Konstanz

Der Bodenseeraum ist eine der stärksten Wirtschaftsregionen Baden-Württembergs. Die nicht ausreichend leistungsfähige Infrastruktur auf Straße, Schiene und dem Bodensee selbst hemmt die Region dabei, ihr volles Potenzial zu entfalten. Die Bürgerinnen und Bürger der Bodenseeregion warten genauso wie unsere starken Unternehmen und „hidden Champions“ seit Jahrzehnten auf Entlastung von der Politik. Doch während die Bundespolitik beispielsweise mit der Erhöhung der Regionalisierungsmittel und dem Deutschland-Ticket zuletzt deutlich mehr Anstrengungen zur Stärkung des ÖPNV und der Verkehrsinfrastruktur unternommen hat, hält die Landesregierung die Bodenseeregion mit leeren Worten hin. Dies gilt für die Bodenseegürtelbahn und für den Anschluss der Region so wichtige Gäubahn genauso wie für den Ausbau der Bundesstraßeninfrastruktur, bei der die Landesregierung wenig Bemühungen zeigt, Verfahren zu beschleunigen. Dies ist besonders bezeichnend, da es ausgerechnet die Grünen in der Landesregierung sind, welche eine Stärkung des ÖPNV stets als Ziel ausgeben, den Worten aber dann keine Taten folgen lassen haben. Dies wollen und können wir nicht länger hinnehmen.

So bleibt auch das Potenzial des Bodenseeschiffahrt-Verkehrs bislang wenig genutzt. Obwohl etwa mit den Bodenseeschiffahrt-Betrieben (BSB) die erste Binnenschiffahrt-Reederei Deutschlands, die auf komplett emissionsfreie Schifffahrt umstellen will, aus Baden-Württemberg kommt, ist die Landesregierung auch an dieser Stelle bislang nicht bereit, die nötige Unterstützung zukommen zu lassen und den Schiffsverkehr in den ÖPNV zu integrieren. Statt breit zu unterstützen, wie es andere Bundesländer in diesem Bereich längst tun, wird auf die Landkreise verwiesen. Diese Verweigerungshaltung muss enden.

Wir als SPD Baden-Württemberg wissen um die teils prekäre Lage am See und verstehen, dass die Bürgerinnen und Bürger, die Kommunen sowie die Wirtschaft nicht länger alleine gelassen werden dürfen. Für uns ist klar: Die Innovationskraft und das große wirtschaftliche und touristische Potential können sich aber nur dann entfalten, wenn durch die Landesregierung die nötigen Voraussetzungen geschaffen werden. Deshalb fordern wir:

- Regelmäßig verkehrende, getaktete, ganzjährige Schiffsverkehre wie die Fähr- und Katamaran-Verbindungen auf dem Bodensee müssen in das System des ÖPNV integriert werden. Wir fordern daher vom Landtag, das ÖPNV-Gesetz des Landes zu präzisieren.
- Ticket-Angebote wie das JugendticketBW oder das 49-Euro-Ticket müssen auf den Fährverbindungen anerkannt werden. Wir fordern die Landesregierung auf, mit den Anbietern entsprechende Verhandlungen zu führen und diese zügig abzuschließen.
- Fährverbindungen müssen in die Informationsportale des öffentlichen Verkehrs so integriert werden, dass sie von den Fahrgästen bei ihrer Reiseplanung berücksichtigt werden können.
- Die SPD Baden-Württemberg unterstützt die Kampagne see-ticket.de der Kreisverbände Konstanz und Bodenseekreis.

**Begründung:**



Die Fährverbindungen über den Bodensee, insbesondere die Autofähre Konstanz- Meersburg, der Katamaran Konstanz-Friedrichshafen sowie die Fähre Friedrichshafen – Romanshorn transportieren jährlich über 500.000 Fußgänger und zahlreiche Fahrradfahrer. Sie profitieren von schnellen und attraktiven Verbindungen auf dem Wasser.

Sämtliche Fährverbindungen sind eigenwirtschaftlich organisiert und müssen sich daher für die Betreiber wirtschaftlich selbst tragen. Sie gelten daher im rechtlichen Sinne nicht als öffentlicher Verkehr und erscheinen in den Portalen des öffentlichen Verkehrs lediglich als kostenpflichtige Zusatzangebote. So werden Verbindungen mit dem Katamaran oder der Autofähre Konstanz – Meersburg nur ansatzweise über bahn.de oder andere Auskunftssysteme angezeigt, eine einheitliche Ticketbuchung ist nicht möglich.

Angebote wie das JugendticketBW oder das Deutschland-Ticket gelten auf diesen Fährverbindungen nicht. Dies führt zur widersprüchlichen Situation, dass Nutzer der Städteschnellbus-Linie Ravensburg – Konstanz mit dem 49-Euro-Ticket die Autofähre ohne Zusatzticket nutzen können, übrige Passagiere dagegen nicht. Den Betreibern entstehen durch solche „Schleichwege“ mittlerweile spürbare Verluste, wenn sich Passagiere nur für den Zweck der Überfahrt im Bus drängen.

Eine Integration der Fährverbindungen in den ÖPNV hätte den Vorteil, dass die Verbindungen mit einem einheitlichen Ticket genutzt werden könnten. Durch die nahtlose Integration würde die Attraktivität des gesamten Nahverkehrssystems gesteigert werden. Ein weiterer positiver Effekt wäre das damit verbundene Signal an die Bürgerinnen und Bürger, dass Bürokratieabbau und Prozessoptimierung keine leeren politischen Versprechungen sind, sondern von den zuständigen Akteuren als Ziele ernstgenommen werden.

Die Landesregierung verweist darauf, dass Fährverbindungen in den ÖPNV integriert werden können, wenn die Landkreise die Verbindungen in die Nahverkehrspläne integrieren und die Verkehrsverbünde entsprechende Verbund-Tickets anbieten. Sie schiebt damit das wirtschaftliche Risiko den Kreisen und Verkehrsverbänden zu und wartet deren Initiativen ab. Auch hier zeigt sich, dass die Verkehrspolitik der Landesregierung sich darauf beschränkt, Forderungen zu erheben und andere politische Ebenen, vor allem die Kommunen, dafür zur Kasse bitten will.

Verhandlungsprozesse zwischen mehreren Landkreisen, die unterschiedlich strukturierten Verkehrsverbänden angehören, sind langwierig und komplex. Eine Landesregierung, die die Zahl der Fahrgäste im öffentlichen Verkehr verdoppelt will, muss dazu selbst aktiv werden und alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente nutzen, indem sie attraktive Finanzierungsbedingungen schafft, Regulierungen entsprechend den Anforderungen der Praxis anpasst und überörtliche Reformprozesse moderiert.



## Öffentlichen Verkehr verbessern, Wasser als Verkehrsträger nutzen Fährverbindungen auf dem Bodensee in ÖPNV-System integrieren

---

Antragsteller: SPD Kreisverband Bodenseekreis, SPD Kreisverband Konstanz

Der Bodenseeraum ist eine der stärksten Wirtschaftsregionen Baden-Württembergs. Die nicht ausreichend leistungsfähige Infrastruktur auf Straße, Schiene und dem Bodensee selbst hemmt die Region dabei, ihr volles Potenzial zu entfalten. Die Bürgerinnen und Bürger der Bodenseeregion warten genauso wie unsere starken Unternehmen und „hidden Champions“ seit Jahrzehnten auf Entlastung von der Politik. Doch während die Bundespolitik beispielsweise mit der Erhöhung der Regionalisierungsmittel und dem Deutschland-Ticket zuletzt deutlich mehr Anstrengungen zur Stärkung des ÖPNV und der Verkehrsinfrastruktur unternommen hat, hält die Landesregierung die Bodenseeregion mit leeren Worten hin. Dies gilt für die Bodenseegürtelbahn und für den Anschluss der Region so wichtige Gäubahn genauso wie für den Ausbau der Bundesstraßeninfrastruktur, bei der die Landesregierung wenig Bemühungen zeigt, Verfahren zu beschleunigen. Dies ist besonders bezeichnend, da es ausgerechnet die Grünen in der Landesregierung sind, welche eine Stärkung des ÖPNV stets als Ziel ausgeben, den Worten aber dann keine Taten folgen lassen haben. Dies wollen und können wir nicht länger hinnehmen.

So bleibt auch das Potenzial des Bodenseeschiffahrt-Verkehrs bislang wenig genutzt. Obwohl etwa mit den Bodenseeschiffahrt-Betrieben (BSB) die erste Binnenschiffahrt-Reederei Deutschlands, die auf komplett emissionsfreie Schifffahrt umstellen will, aus Baden-Württemberg kommt, ist die Landesregierung auch an dieser Stelle bislang nicht bereit, die nötige Unterstützung zukommen zu lassen und den Schiffsverkehr in den ÖPNV zu integrieren. Statt breit zu unterstützen, wie es andere Bundesländer in diesem Bereich längst tun, wird auf die Landkreise verwiesen. Diese Verweigerungshaltung muss enden.

Wir als SPD Baden-Württemberg wissen um die teils prekäre Lage am See und verstehen, dass die Bürgerinnen und Bürger, die Kommunen sowie die Wirtschaft nicht länger alleine gelassen werden dürfen. Für uns ist klar: Die Innovationskraft und das große wirtschaftliche und touristische Potential können sich aber nur dann entfalten, wenn durch die Landesregierung die nötigen Voraussetzungen geschaffen werden. Deshalb fordern wir:

- Regelmäßig verkehrende, getaktete, ganzjährige Schiffsverkehre wie die Fähr- und Katamaran-Verbindungen auf dem Bodensee müssen in das System des ÖPNV integriert werden. Wir fordern daher vom Landtag, das ÖPNV-Gesetz des Landes zu präzisieren.
- Ticket-Angebote wie das JugendticketBW oder das 49-Euro-Ticket müssen auf den Fährverbindungen anerkannt werden. Wir fordern die Landesregierung auf, mit den Anbietern entsprechende Verhandlungen zu führen und diese zügig abzuschließen.
- Fährverbindungen müssen in die Informationsportale des öffentlichen Verkehrs so integriert werden, dass sie von den Fahrgästen bei ihrer Reiseplanung berücksichtigt werden können.
- Die SPD Baden-Württemberg unterstützt die Kampagne see-ticket.de der Kreisverbände Konstanz und Bodenseekreis.

**Begründung:**



Die Fährverbindungen über den Bodensee, insbesondere die Autofähre Konstanz- Meersburg, der Katamaran Konstanz-Friedrichshafen sowie die Fähre Friedrichshafen – Romanshorn transportieren jährlich über 500.000 Fußgänger und zahlreiche Fahrradfahrer. Sie profitieren von schnellen und attraktiven Verbindungen auf dem Wasser.

Sämtliche Fährverbindungen sind eigenwirtschaftlich organisiert und müssen sich daher für die Betreiber wirtschaftlich selbst tragen. Sie gelten daher im rechtlichen Sinne nicht als öffentlicher Verkehr und erscheinen in den Portalen des öffentlichen Verkehrs lediglich als kostenpflichtige Zusatzangebote. So werden Verbindungen mit dem Katamaran oder der Autofähre Konstanz – Meersburg nur ansatzweise über bahn.de oder andere Auskunftssysteme angezeigt, eine einheitliche Ticketbuchung ist nicht möglich.

Angebote wie das JugendticketBW oder das Deutschland-Ticket gelten auf diesen Fährverbindungen nicht. Dies führt zur widersprüchlichen Situation, dass Nutzer der Städteschnellbus-Linie Ravensburg – Konstanz mit dem 49-Euro-Ticket die Autofähre ohne Zusatzticket nutzen können, übrige Passagiere dagegen nicht. Den Betreibern entstehen durch solche „Schleichwege“ mittlerweile spürbare Verluste, wenn sich Passagiere nur für den Zweck der Überfahrt im Bus drängen.

Eine Integration der Fährverbindungen in den ÖPNV hätte den Vorteil, dass die Verbindungen mit einem einheitlichen Ticket genutzt werden könnten. Durch die nahtlose Integration würde die Attraktivität des gesamten Nahverkehrssystems gesteigert werden. Ein weiterer positiver Effekt wäre das damit verbundene Signal an die Bürgerinnen und Bürger, dass Bürokratieabbau und Prozessoptimierung keine leeren politischen Versprechungen sind, sondern von den zuständigen Akteuren als Ziele ernstgenommen werden.

Die Landesregierung verweist darauf, dass Fährverbindungen in den ÖPNV integriert werden können, wenn die Landkreise die Verbindungen in die Nahverkehrspläne integrieren und die Verkehrsverbünde entsprechende Verbund-Tickets anbieten. Sie schiebt damit das wirtschaftliche Risiko den Kreisen und Verkehrsverbänden zu und wartet deren Initiativen ab. Auch hier zeigt sich, dass die Verkehrspolitik der Landesregierung sich darauf beschränkt, Forderungen zu erheben und andere politische Ebenen, vor allem die Kommunen, dafür zur Kasse bitten will.

Verhandlungsprozesse zwischen mehreren Landkreisen, die unterschiedlich strukturierten Verkehrsverbänden angehören, sind langwierig und komplex. Eine Landesregierung, die die Zahl der Fahrgäste im öffentlichen Verkehr verdoppelt will, muss dazu selbst aktiv werden und alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente nutzen, indem sie attraktive Finanzierungsbedingungen schafft, Regulierungen entsprechend den Anforderungen der Praxis anpasst und überörtliche Reformprozesse moderiert.



## Öffentlichen Verkehr verbessern, Wasser als Verkehrsträger nutzen Fährverbindungen auf dem Bodensee in ÖPNV-System integrieren

---

Antragsteller: SPD Kreisverband Bodenseekreis, SPD Kreisverband Konstanz

Der Bodenseeraum ist eine der stärksten Wirtschaftsregionen Baden-Württembergs. Die nicht ausreichend leistungsfähige Infrastruktur auf Straße, Schiene und dem Bodensee selbst hemmt die Region dabei, ihr volles Potenzial zu entfalten. Die Bürgerinnen und Bürger der Bodenseeregion warten genauso wie unsere starken Unternehmen und „hidden Champions“ seit Jahrzehnten auf Entlastung von der Politik. Doch während die Bundespolitik beispielsweise mit der Erhöhung der Regionalisierungsmittel und dem Deutschland-Ticket zuletzt deutlich mehr Anstrengungen zur Stärkung des ÖPNV und der Verkehrsinfrastruktur unternommen hat, hält die Landesregierung die Bodenseeregion mit leeren Worten hin. Dies gilt für die Bodenseegürtelbahn und für den Anschluss der Region so wichtige Gäubahn genauso wie für den Ausbau der Bundesstraßeninfrastruktur, bei der die Landesregierung wenig Bemühungen zeigt, Verfahren zu beschleunigen. Dies ist besonders bezeichnend, da es ausgerechnet die Grünen in der Landesregierung sind, welche eine Stärkung des ÖPNV stets als Ziel ausgeben, den Worten aber dann keine Taten folgen lassen haben. Dies wollen und können wir nicht länger hinnehmen.

So bleibt auch das Potenzial des Bodenseeschiffahrt-Verkehrs bislang wenig genutzt. Obwohl etwa mit den Bodenseeschiffahrt-Betrieben (BSB) die erste Binnenschiffahrt-Reederei Deutschlands, die auf komplett emissionsfreie Schifffahrt umstellen will, aus Baden-Württemberg kommt, ist die Landesregierung auch an dieser Stelle bislang nicht bereit, die nötige Unterstützung zukommen zu lassen und den Schiffsverkehr in den ÖPNV zu integrieren. Statt breit zu unterstützen, wie es andere Bundesländer in diesem Bereich längst tun, wird auf die Landkreise verwiesen. Diese Verweigerungshaltung muss enden.

Wir als SPD Baden-Württemberg wissen um die teils prekäre Lage am See und verstehen, dass die Bürgerinnen und Bürger, die Kommunen sowie die Wirtschaft nicht länger alleine gelassen werden dürfen. Für uns ist klar: Die Innovationskraft und das große wirtschaftliche und touristische Potential können sich aber nur dann entfalten, wenn durch die Landesregierung die nötigen Voraussetzungen geschaffen werden. Deshalb fordern wir:

- Regelmäßig verkehrende, getaktete, ganzjährige Schiffsverkehre wie die Fähr- und Katamaran-Verbindungen auf dem Bodensee müssen in das System des ÖPNV integriert werden. Wir fordern daher vom Landtag, das ÖPNV-Gesetz des Landes zu präzisieren.
- Ticket-Angebote wie das JugendticketBW oder das 49-Euro-Ticket müssen auf den Fährverbindungen anerkannt werden. Wir fordern die Landesregierung auf, mit den Anbietern entsprechende Verhandlungen zu führen und diese zügig abzuschließen.
- Fährverbindungen müssen in die Informationsportale des öffentlichen Verkehrs so integriert werden, dass sie von den Fahrgästen bei ihrer Reiseplanung berücksichtigt werden können.
- Die SPD Baden-Württemberg unterstützt die Kampagne see-ticket.de der Kreisverbände Konstanz und Bodenseekreis.

**Begründung:**



Die Fährverbindungen über den Bodensee, insbesondere die Autofähre Konstanz- Meersburg, der Katamaran Konstanz-Friedrichshafen sowie die Fähre Friedrichshafen – Romanshorn transportieren jährlich über 500.000 Fußgänger und zahlreiche Fahrradfahrer. Sie profitieren von schnellen und attraktiven Verbindungen auf dem Wasser.

Sämtliche Fährverbindungen sind eigenwirtschaftlich organisiert und müssen sich daher für die Betreiber wirtschaftlich selbst tragen. Sie gelten daher im rechtlichen Sinne nicht als öffentlicher Verkehr und erscheinen in den Portalen des öffentlichen Verkehrs lediglich als kostenpflichtige Zusatzangebote. So werden Verbindungen mit dem Katamaran oder der Autofähre Konstanz – Meersburg nur ansatzweise über bahn.de oder andere Auskunftssysteme angezeigt, eine einheitliche Ticketbuchung ist nicht möglich.

Angebote wie das JugendticketBW oder das Deutschland-Ticket gelten auf diesen Fährverbindungen nicht. Dies führt zur widersprüchlichen Situation, dass Nutzer der Städteschnellbus-Linie Ravensburg – Konstanz mit dem 49-Euro-Ticket die Autofähre ohne Zusatzticket nutzen können, übrige Passagiere dagegen nicht. Den Betreibern entstehen durch solche „Schleichwege“ mittlerweile spürbare Verluste, wenn sich Passagiere nur für den Zweck der Überfahrt im Bus drängen.

Eine Integration der Fährverbindungen in den ÖPNV hätte den Vorteil, dass die Verbindungen mit einem einheitlichen Ticket genutzt werden könnten. Durch die nahtlose Integration würde die Attraktivität des gesamten Nahverkehrssystems gesteigert werden. Ein weiterer positiver Effekt wäre das damit verbundene Signal an die Bürgerinnen und Bürger, dass Bürokratieabbau und Prozessoptimierung keine leeren politischen Versprechungen sind, sondern von den zuständigen Akteuren als Ziele ernstgenommen werden.

Die Landesregierung verweist darauf, dass Fährverbindungen in den ÖPNV integriert werden können, wenn die Landkreise die Verbindungen in die Nahverkehrspläne integrieren und die Verkehrsverbünde entsprechende Verbund-Tickets anbieten. Sie schiebt damit das wirtschaftliche Risiko den Kreisen und Verkehrsverbänden zu und wartet deren Initiativen ab. Auch hier zeigt sich, dass die Verkehrspolitik der Landesregierung sich darauf beschränkt, Forderungen zu erheben und andere politische Ebenen, vor allem die Kommunen, dafür zur Kasse bitten will.

Verhandlungsprozesse zwischen mehreren Landkreisen, die unterschiedlich strukturierten Verkehrsverbänden angehören, sind langwierig und komplex. Eine Landesregierung, die die Zahl der Fahrgäste im öffentlichen Verkehr verdoppelt will, muss dazu selbst aktiv werden und alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente nutzen, indem sie attraktive Finanzierungsbedingungen schafft, Regulierungen entsprechend den Anforderungen der Praxis anpasst und überörtliche Reformprozesse moderiert.



## Öffentlichen Verkehr verbessern, Wasser als Verkehrsträger nutzen Fährverbindungen auf dem Bodensee in ÖPNV-System integrieren

---

Antragsteller: SPD Kreisverband Bodenseekreis, SPD Kreisverband Konstanz

Der Bodenseeraum ist eine der stärksten Wirtschaftsregionen Baden-Württembergs. Die nicht ausreichend leistungsfähige Infrastruktur auf Straße, Schiene und dem Bodensee selbst hemmt die Region dabei, ihr volles Potenzial zu entfalten. Die Bürgerinnen und Bürger der Bodenseeregion warten genauso wie unsere starken Unternehmen und „hidden Champions“ seit Jahrzehnten auf Entlastung von der Politik. Doch während die Bundespolitik beispielsweise mit der Erhöhung der Regionalisierungsmittel und dem Deutschland-Ticket zuletzt deutlich mehr Anstrengungen zur Stärkung des ÖPNV und der Verkehrsinfrastruktur unternommen hat, hält die Landesregierung die Bodenseeregion mit leeren Worten hin. Dies gilt für die Bodenseegürtelbahn und für den Anschluss der Region so wichtige Gäubahn genauso wie für den Ausbau der Bundesstraßeninfrastruktur, bei der die Landesregierung wenig Bemühungen zeigt, Verfahren zu beschleunigen. Dies ist besonders bezeichnend, da es ausgerechnet die Grünen in der Landesregierung sind, welche eine Stärkung des ÖPNV stets als Ziel ausgegeben, den Worten aber dann keine Taten folgen lassen haben. Dies wollen und können wir nicht länger hinnehmen.

So bleibt auch das Potenzial des Bodenseeschiffahrt-Verkehrs bislang wenig genutzt. Obwohl etwa mit den Bodenseeschiffahrt-Betrieben (BSB) die erste Binnenschiffahrt-Reederei Deutschlands, die auf komplett emissionsfreie Schifffahrt umstellen will, aus Baden-Württemberg kommt, ist die Landesregierung auch an dieser Stelle bislang nicht bereit, die nötige Unterstützung zukommen zu lassen und den Schiffsverkehr in den ÖPNV zu integrieren. Statt breit zu unterstützen, wie es andere Bundesländer in diesem Bereich längst tun, wird auf die Landkreise verwiesen. Diese Verweigerungshaltung muss enden.

Wir als SPD Baden-Württemberg wissen um die teils prekäre Lage am See und verstehen, dass die Bürgerinnen und Bürger, die Kommunen sowie die Wirtschaft nicht länger alleine gelassen werden dürfen. Für uns ist klar: Die Innovationskraft und das große wirtschaftliche und touristische Potential können sich aber nur dann entfalten, wenn durch die Landesregierung die nötigen Voraussetzungen geschaffen werden. Deshalb fordern wir:

- Regelmäßig verkehrende, getaktete, ganzjährige Schiffsverkehre wie die Fähr- und Katamaran-Verbindungen auf dem Bodensee müssen in das System des ÖPNV integriert werden. Wir fordern daher vom Landtag, das ÖPNV-Gesetz des Landes zu präzisieren.
- Ticket-Angebote wie das JugendticketBW oder das 49-Euro-Ticket müssen auf den Fährverbindungen anerkannt werden. Wir fordern die Landesregierung auf, mit den Anbietern entsprechende Verhandlungen zu führen und diese zügig abzuschließen.
- Fährverbindungen müssen in die Informationsportale des öffentlichen Verkehrs so integriert werden, dass sie von den Fahrgästen bei ihrer Reiseplanung berücksichtigt werden können.
- Die SPD Baden-Württemberg unterstützt die Kampagne see-ticket.de der Kreisverbände Konstanz und Bodenseekreis.

**Begründung:**



Die Fährverbindungen über den Bodensee, insbesondere die Autofähre Konstanz- Meersburg, der Katamaran Konstanz-Friedrichshafen sowie die Fähre Friedrichshafen – Romanshorn transportieren jährlich über 500.000 Fußgänger und zahlreiche Fahrradfahrer. Sie profitieren von schnellen und attraktiven Verbindungen auf dem Wasser.

Sämtliche Fährverbindungen sind eigenwirtschaftlich organisiert und müssen sich daher für die Betreiber wirtschaftlich selbst tragen. Sie gelten daher im rechtlichen Sinne nicht als öffentlicher Verkehr und erscheinen in den Portalen des öffentlichen Verkehrs lediglich als kostenpflichtige Zusatzangebote. So werden Verbindungen mit dem Katamaran oder der Autofähre Konstanz – Meersburg nur ansatzweise über bahn.de oder andere Auskunftssysteme angezeigt, eine einheitliche Ticketbuchung ist nicht möglich.

Angebote wie das JugendticketBW oder das Deutschland-Ticket gelten auf diesen Fährverbindungen nicht. Dies führt zur widersprüchlichen Situation, dass Nutzer der Städteschnellbus-Linie Ravensburg – Konstanz mit dem 49-Euro-Ticket die Autofähre ohne Zusatzticket nutzen können, übrige Passagiere dagegen nicht. Den Betreibern entstehen durch solche „Schleichwege“ mittlerweile spürbare Verluste, wenn sich Passagiere nur für den Zweck der Überfahrt im Bus drängen.

Eine Integration der Fährverbindungen in den ÖPNV hätte den Vorteil, dass die Verbindungen mit einem einheitlichen Ticket genutzt werden könnten. Durch die nahtlose Integration würde die Attraktivität des gesamten Nahverkehrssystems gesteigert werden. Ein weiterer positiver Effekt wäre das damit verbundene Signal an die Bürgerinnen und Bürger, dass Bürokratieabbau und Prozessoptimierung keine leeren politischen Versprechungen sind, sondern von den zuständigen Akteuren als Ziele ernstgenommen werden.

Die Landesregierung verweist darauf, dass Fährverbindungen in den ÖPNV integriert werden können, wenn die Landkreise die Verbindungen in die Nahverkehrspläne integrieren und die Verkehrsverbünde entsprechende Verbund-Tickets anbieten. Sie schiebt damit das wirtschaftliche Risiko den Kreisen und Verkehrsverbänden zu und wartet deren Initiativen ab. Auch hier zeigt sich, dass die Verkehrspolitik der Landesregierung sich darauf beschränkt, Forderungen zu erheben und andere politische Ebenen, vor allem die Kommunen, dafür zur Kasse bitten will.

Verhandlungsprozesse zwischen mehreren Landkreisen, die unterschiedlich strukturierten Verkehrsverbänden angehören, sind langwierig und komplex. Eine Landesregierung, die die Zahl der Fahrgäste im öffentlichen Verkehr verdoppelt will, muss dazu selbst aktiv werden und alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente nutzen, indem sie attraktive Finanzierungsbedingungen schafft, Regulierungen entsprechend den Anforderungen der Praxis anpasst und überörtliche Reformprozesse moderiert.



## Öffentlichen Verkehr verbessern, Wasser als Verkehrsträger nutzen Fährverbindungen auf dem Bodensee in ÖPNV-System integrieren

---

Antragsteller: SPD Kreisverband Bodenseekreis, SPD Kreisverband Konstanz

Der Bodenseeraum ist eine der stärksten Wirtschaftsregionen Baden-Württembergs. Die nicht ausreichend leistungsfähige Infrastruktur auf Straße, Schiene und dem Bodensee selbst hemmt die Region dabei, ihr volles Potenzial zu entfalten. Die Bürgerinnen und Bürger der Bodenseeregion warten genauso wie unsere starken Unternehmen und „hidden Champions“ seit Jahrzehnten auf Entlastung von der Politik. Doch während die Bundespolitik beispielsweise mit der Erhöhung der Regionalisierungsmittel und dem Deutschland-Ticket zuletzt deutlich mehr Anstrengungen zur Stärkung des ÖPNV und der Verkehrsinfrastruktur unternommen hat, hält die Landesregierung die Bodenseeregion mit leeren Worten hin. Dies gilt für die Bodenseegürtelbahn und für den Anschluss der Region so wichtige Gäubahn genauso wie für den Ausbau der Bundesstraßeninfrastruktur, bei der die Landesregierung wenig Bemühungen zeigt, Verfahren zu beschleunigen. Dies ist besonders bezeichnend, da es ausgerechnet die Grünen in der Landesregierung sind, welche eine Stärkung des ÖPNV stets als Ziel ausgegeben, den Worten aber dann keine Taten folgen lassen haben. Dies wollen und können wir nicht länger hinnehmen.

So bleibt auch das Potenzial des Bodenseeschiffahrt-Verkehrs bislang wenig genutzt. Obwohl etwa mit den Bodenseeschiffahrt-Betrieben (BSB) die erste Binnenschiffahrt-Reederei Deutschlands, die auf komplett emissionsfreie Schifffahrt umstellen will, aus Baden-Württemberg kommt, ist die Landesregierung auch an dieser Stelle bislang nicht bereit, die nötige Unterstützung zukommen zu lassen und den Schiffsverkehr in den ÖPNV zu integrieren. Statt breit zu unterstützen, wie es andere Bundesländer in diesem Bereich längst tun, wird auf die Landkreise verwiesen. Diese Verweigerungshaltung muss enden.

Wir als SPD Baden-Württemberg wissen um die teils prekäre Lage am See und verstehen, dass die Bürgerinnen und Bürger, die Kommunen sowie die Wirtschaft nicht länger alleine gelassen werden dürfen. Für uns ist klar: Die Innovationskraft und das große wirtschaftliche und touristische Potential können sich aber nur dann entfalten, wenn durch die Landesregierung die nötigen Voraussetzungen geschaffen werden. Deshalb fordern wir:

- Regelmäßig verkehrende, getaktete, ganzjährige Schiffsverkehre wie die Fähr- und Katamaran-Verbindungen auf dem Bodensee müssen in das System des ÖPNV integriert werden. Wir fordern daher vom Landtag, das ÖPNV-Gesetz des Landes zu präzisieren.
- Ticket-Angebote wie das JugendticketBW oder das 49-Euro-Ticket müssen auf den Fährverbindungen anerkannt werden. Wir fordern die Landesregierung auf, mit den Anbietern entsprechende Verhandlungen zu führen und diese zügig abzuschließen.
- Fährverbindungen müssen in die Informationsportale des öffentlichen Verkehrs so integriert werden, dass sie von den Fahrgästen bei ihrer Reiseplanung berücksichtigt werden können.
- Die SPD Baden-Württemberg unterstützt die Kampagne see-ticket.de der Kreisverbände Konstanz und Bodenseekreis.

**Begründung:**



Die Fährverbindungen über den Bodensee, insbesondere die Autofähre Konstanz- Meersburg, der Katamaran Konstanz-Friedrichshafen sowie die Fähre Friedrichshafen – Romanshorn transportieren jährlich über 500.000 Fußgänger und zahlreiche Fahrradfahrer. Sie profitieren von schnellen und attraktiven Verbindungen auf dem Wasser.

Sämtliche Fährverbindungen sind eigenwirtschaftlich organisiert und müssen sich daher für die Betreiber wirtschaftlich selbst tragen. Sie gelten daher im rechtlichen Sinne nicht als öffentlicher Verkehr und erscheinen in den Portalen des öffentlichen Verkehrs lediglich als kostenpflichtige Zusatzangebote. So werden Verbindungen mit dem Katamaran oder der Autofähre Konstanz – Meersburg nur ansatzweise über bahn.de oder andere Auskunftssysteme angezeigt, eine einheitliche Ticketbuchung ist nicht möglich.

Angebote wie das JugendticketBW oder das Deutschland-Ticket gelten auf diesen Fährverbindungen nicht. Dies führt zur widersprüchlichen Situation, dass Nutzer der Städteschnellbus-Linie Ravensburg – Konstanz mit dem 49-Euro-Ticket die Autofähre ohne Zusatzticket nutzen können, übrige Passagiere dagegen nicht. Den Betreibern entstehen durch solche „Schleichwege“ mittlerweile spürbare Verluste, wenn sich Passagiere nur für den Zweck der Überfahrt im Bus drängen.

Eine Integration der Fährverbindungen in den ÖPNV hätte den Vorteil, dass die Verbindungen mit einem einheitlichen Ticket genutzt werden könnten. Durch die nahtlose Integration würde die Attraktivität des gesamten Nahverkehrssystems gesteigert werden. Ein weiterer positiver Effekt wäre das damit verbundene Signal an die Bürgerinnen und Bürger, dass Bürokratieabbau und Prozessoptimierung keine leeren politischen Versprechungen sind, sondern von den zuständigen Akteuren als Ziele ernstgenommen werden.

Die Landesregierung verweist darauf, dass Fährverbindungen in den ÖPNV integriert werden können, wenn die Landkreise die Verbindungen in die Nahverkehrspläne integrieren und die Verkehrsverbünde entsprechende Verbund-Tickets anbieten. Sie schiebt damit das wirtschaftliche Risiko den Kreisen und Verkehrsverbänden zu und wartet deren Initiativen ab. Auch hier zeigt sich, dass die Verkehrspolitik der Landesregierung sich darauf beschränkt, Forderungen zu erheben und andere politische Ebenen, vor allem die Kommunen, dafür zur Kasse bitten will.

Verhandlungsprozesse zwischen mehreren Landkreisen, die unterschiedlich strukturierten Verkehrsverbänden angehören, sind langwierig und komplex. Eine Landesregierung, die die Zahl der Fahrgäste im öffentlichen Verkehr verdoppelt will, muss dazu selbst aktiv werden und alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente nutzen, indem sie attraktive Finanzierungsbedingungen schafft, Regulierungen entsprechend den Anforderungen der Praxis anpasst und überörtliche Reformprozesse moderiert.



## Öffentlichen Verkehr verbessern, Wasser als Verkehrsträger nutzen Fährverbindungen auf dem Bodensee in ÖPNV-System integrieren

---

Antragsteller: SPD Kreisverband Bodenseekreis, SPD Kreisverband Konstanz

Der Bodenseeraum ist eine der stärksten Wirtschaftsregionen Baden-Württembergs. Die nicht ausreichend leistungsfähige Infrastruktur auf Straße, Schiene und dem Bodensee selbst hemmt die Region dabei, ihr volles Potenzial zu entfalten. Die Bürgerinnen und Bürger der Bodenseeregion warten genauso wie unsere starken Unternehmen und „hidden Champions“ seit Jahrzehnten auf Entlastung von der Politik. Doch während die Bundespolitik beispielsweise mit der Erhöhung der Regionalisierungsmittel und dem Deutschland-Ticket zuletzt deutlich mehr Anstrengungen zur Stärkung des ÖPNV und der Verkehrsinfrastruktur unternommen hat, hält die Landesregierung die Bodenseeregion mit leeren Worten hin. Dies gilt für die Bodenseegürtelbahn und für den Anschluss der Region so wichtige Gäubahn genauso wie für den Ausbau der Bundesstraßeninfrastruktur, bei der die Landesregierung wenig Bemühungen zeigt, Verfahren zu beschleunigen. Dies ist besonders bezeichnend, da es ausgerechnet die Grünen in der Landesregierung sind, welche eine Stärkung des ÖPNV stets als Ziel ausgeben, den Worten aber dann keine Taten folgen lassen haben. Dies wollen und können wir nicht länger hinnehmen.

So bleibt auch das Potenzial des Bodenseeschiffahrt-Verkehrs bislang wenig genutzt. Obwohl etwa mit den Bodenseeschiffahrt-Betrieben (BSB) die erste Binnenschiffahrt-Reederei Deutschlands, die auf komplett emissionsfreie Schifffahrt umstellen will, aus Baden-Württemberg kommt, ist die Landesregierung auch an dieser Stelle bislang nicht bereit, die nötige Unterstützung zukommen zu lassen und den Schiffsverkehr in den ÖPNV zu integrieren. Statt breit zu unterstützen, wie es andere Bundesländer in diesem Bereich längst tun, wird auf die Landkreise verwiesen. Diese Verweigerungshaltung muss enden.

Wir als SPD Baden-Württemberg wissen um die teils prekäre Lage am See und verstehen, dass die Bürgerinnen und Bürger, die Kommunen sowie die Wirtschaft nicht länger alleine gelassen werden dürfen. Für uns ist klar: Die Innovationskraft und das große wirtschaftliche und touristische Potential können sich aber nur dann entfalten, wenn durch die Landesregierung die nötigen Voraussetzungen geschaffen werden. Deshalb fordern wir:

- Regelmäßig verkehrende, getaktete, ganzjährige Schiffsverkehre wie die Fähr- und Katamaran-Verbindungen auf dem Bodensee müssen in das System des ÖPNV integriert werden. Wir fordern daher vom Landtag, das ÖPNV-Gesetz des Landes zu präzisieren.
- Ticket-Angebote wie das JugendticketBW oder das 49-Euro-Ticket müssen auf den Fährverbindungen anerkannt werden. Wir fordern die Landesregierung auf, mit den Anbietern entsprechende Verhandlungen zu führen und diese zügig abzuschließen.
- Fährverbindungen müssen in die Informationsportale des öffentlichen Verkehrs so integriert werden, dass sie von den Fahrgästen bei ihrer Reiseplanung berücksichtigt werden können.
- Die SPD Baden-Württemberg unterstützt die Kampagne see-ticket.de der Kreisverbände Konstanz und Bodenseekreis.

**Begründung:**



Die Fährverbindungen über den Bodensee, insbesondere die Autofähre Konstanz- Meersburg, der Katamaran Konstanz-Friedrichshafen sowie die Fähre Friedrichshafen – Romanshorn transportieren jährlich über 500.000 Fußgänger und zahlreiche Fahrradfahrer. Sie profitieren von schnellen und attraktiven Verbindungen auf dem Wasser.

Sämtliche Fährverbindungen sind eigenwirtschaftlich organisiert und müssen sich daher für die Betreiber wirtschaftlich selbst tragen. Sie gelten daher im rechtlichen Sinne nicht als öffentlicher Verkehr und erscheinen in den Portalen des öffentlichen Verkehrs lediglich als kostenpflichtige Zusatzangebote. So werden Verbindungen mit dem Katamaran oder der Autofähre Konstanz – Meersburg nur ansatzweise über bahn.de oder andere Auskunftssysteme angezeigt, eine einheitliche Ticketbuchung ist nicht möglich.

Angebote wie das JugendticketBW oder das Deutschland-Ticket gelten auf diesen Fährverbindungen nicht. Dies führt zur widersprüchlichen Situation, dass Nutzer der Städteschnellbus-Linie Ravensburg – Konstanz mit dem 49-Euro-Ticket die Autofähre ohne Zusatzticket nutzen können, übrige Passagiere dagegen nicht. Den Betreibern entstehen durch solche „Schleichwege“ mittlerweile spürbare Verluste, wenn sich Passagiere nur für den Zweck der Überfahrt im Bus drängen.

Eine Integration der Fährverbindungen in den ÖPNV hätte den Vorteil, dass die Verbindungen mit einem einheitlichen Ticket genutzt werden könnten. Durch die nahtlose Integration würde die Attraktivität des gesamten Nahverkehrssystems gesteigert werden. Ein weiterer positiver Effekt wäre das damit verbundene Signal an die Bürgerinnen und Bürger, dass Bürokratieabbau und Prozessoptimierung keine leeren politischen Versprechungen sind, sondern von den zuständigen Akteuren als Ziele ernstgenommen werden.

Die Landesregierung verweist darauf, dass Fährverbindungen in den ÖPNV integriert werden können, wenn die Landkreise die Verbindungen in die Nahverkehrspläne integrieren und die Verkehrsverbünde entsprechende Verbund-Tickets anbieten. Sie schiebt damit das wirtschaftliche Risiko den Kreisen und Verkehrsverbänden zu und wartet deren Initiativen ab. Auch hier zeigt sich, dass die Verkehrspolitik der Landesregierung sich darauf beschränkt, Forderungen zu erheben und andere politische Ebenen, vor allem die Kommunen, dafür zur Kasse bitten will.

Verhandlungsprozesse zwischen mehreren Landkreisen, die unterschiedlich strukturierten Verkehrsverbänden angehören, sind langwierig und komplex. Eine Landesregierung, die die Zahl der Fahrgäste im öffentlichen Verkehr verdoppelt will, muss dazu selbst aktiv werden und alle ihr zur Verfügung stehenden Instrumente nutzen, indem sie attraktive Finanzierungsbedingungen schafft, Regulierungen entsprechend den Anforderungen der Praxis anpasst und überörtliche Reformprozesse moderiert.